

England weiß, daß es mit dem neuen Kurs ein gewisses Risiko auf sich nimmt. Dieses Risiko mußte aber in Kauf genommen werden, wenn nicht in kommenden Jahren ein weit größeres Risiko gewagt werden sollte. Im ganzen wird man billigen, was „The Times Weekly Edition“ am 8. August 1935 schrieb: „Die britische Regierung und das Parlament dürfen mit Befriedigung auf die Erfüllung einer großen Aufgabe zurückschauen, einer Aufgabe, die in aller Ruhe und Selbstlosigkeit durchgeführt wurde. Wenn viele oder sogar die meisten Streitfragen und Schwierigkeiten von heute vergessen und begraben sind, wird die Nachwelt als den höchsten Beweis politischen Mutes und politischer Klugheit — die beiden gehen immer Hand in Hand —, den diese Generation erbracht hat, die Vorbereitung und die Durchführung des ‚India Act‘ ansehen.“

Katholische Kulturschau

Von Jakob Overmans S. J.

I

Über dem Kampfe gegen die bolschewistische Gottlosigkeit vergißt man allzu leicht manche andere, z. B. die der neuen Türkei. Sir Evelyn Wrench berichtete im Londoner „Spectator“ (22. November 1935, S. 848 f.), auf dem Lande finde man zwar noch Achtung vor den religiösen Gebräuchen, aber in Istanbul seien auch an Freitagen die Moscheen fast leer. „Ich fragte die Leiterin einer der größten Mädchenschulen der Türkei, ob es wahr sei, daß in keiner Schule Religionsunterricht erteilt werden dürfe. Sie bejahte das für alle Bekenntnisse und fügte hinzu, es sei sogar verboten, im Geschichtsunterricht das Leben Jesu zu erzählen.“ Diese Verkümmern der dem Islam eigenen Gottergebenheit macht sich dem Volke um so schmerzlicher fühlbar, als es, wie aus eigener Anschauung Michael Langley („The Spectator“, 18. Oktober 1935, S. 600 f.) schreibt, unter dem Drucke hoher Steuern, teurer Preise und strengster Überwachung seufzt. „Wie in Sowjetrußland wird die Bevölkerung zu Opfern aufgefordert. Sie hat keine andere Wahl, als klaglos Kohle, Zucker und Baumwolle zu kaufen, die der Staat monopolisiert hat, weil er mit den für die Maschineneinfuhr gemachten Schulden belastet ist.“

Die Hoffnung, eine solche Not werde gemäß dem bekannten Sprichwort beten lehren, ist in der Türkei vorläufig ebenso schwach wie in Rußland, wo trotz aller psychologischen Schwierigkeiten des kommunistischen Systems die gottlose Wirtschaft bedrohliche Fortschritte gemacht hat. Walter Duranty bezeugte aus der Kenntnis, die er als langjähriger Moskauer Berichterstatter für „The New York Times“ gewinnen konnte, im „Spectator“ (6. Dezember 1935, S. 934): „Nachdem das russische Volk mit größter Anstrengung Eisenwerke in die kahlen Steppen gebaut hat, um sich dadurch Maschinen zur Herstellung von Gebrauchsgütern zu beschaffen, fängt nun die Warenverteilung an. Fahrräder, dann Automobile, Seidenstrümpfe und Kleidertuche, Schuhe und Mittel zur Körperpflege, Woh-

nungen und Haushaltsgegenstände werden erschwingbar, Nahrung und Lohn bessern sich allmählich.“ Auch das Handelsblatt der „Frankfurter Zeitung“ (11. Dezember 1935, Reichsausgabe) bestätigte, daß die Zahlung der russischen Auslandsschulden und die Einfuhr von Produktionsmitteln im Zuge der beiden Fünfjahrespläne schon deshalb gesichert seien, weil die Goldgewinnung Rußlands derart zugenommen habe, daß sie jetzt nur noch von Südafrika übertroffen werde. Daher kann die Gottlosenbewegung sich gestatten, immer weniger Rücksicht auf unzufriedene Volksmassen zu nehmen, und wie ein Sonderberichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ (22. Dezember 1935, Reichsausgabe) meldete, wirkt sich die seit einigen Jahren geltende Bestimmung, daß alle Schulen und Jugendverbände zu religionsfeindlichem Unterricht verpflichtet sind, immer weiter aus. Wer nicht schriftlich erklärt, daß er an „Gott und die Bibel“ nicht mehr glaube, muß entsetzlich drückende Kirchensteuern bezahlen. Die Reihen der Geistlichen hat man so gelichtet, daß man z. B. von den 193 protestantischen Pfarrern „keine zehn mehr“ findet. Übrigens hat die bolschewistische Parteipresse oft, auch noch weit ins Jahr 1936 hinein, mit unzweideutigen Worten zur Fortsetzung des Kampfes gegen die Religion aufgefordert. Ohne Zweifel ist es für ein Volk ein unermesslicher Verlust an sittlicher Kraft und seelischem Frieden, wenn in ihm der lebendige Gottesglaube mehr und mehr abstirbt. Daß die Bolschewikenherrschaft trotz alledem nicht zusammengebrochen ist, läßt sich, wie William Henry Chamberlin, der in Moskau zehn Jahre für „The Christian Science Monitor“ tätig war, in seinem zweibändigen Werk „The Russian Revolution 1917—1921“ (London 1935) darlegt, aus einer ganzen Reihe psychologischer, politischer, wirtschaftlicher und geographischer Gründe begreiflich machen.

Wie in Rußland suchen die Feinde der Religion bekanntlich auch in Mexiko die wirtschaftlichen Voraussetzungen kirchlicher Tätigkeit zu zerstören. Immerhin ist es den Mexikanern noch nicht ganz unmöglich, in aller Öffentlichkeit dieses Vorgehen zu verurteilen. So enthielt das Januarheft (1936) der in Saltillo, der Hauptstadt des mexikanischen Staates Coahuila, erscheinenden „Cultura“ eine mutige Kundgebung von Eduardo Pallares, die mit den Worten begann: „Ich mache von meinem verfassungsmäßigen Rechte als mexikanischer Staatsangehöriger Gebrauch, um gegen das am 31. August 1935 amtlich bekanntgemachte Gesetz über Verstaatlichung von Eigentum Einspruch zu erheben. Ich tue das nicht, um die Belange irgend einer im religiösen Kampf stehenden Gruppe wahrzunehmen, und überhaupt habe ich mit keinem Obskurantismus irgend welcher Art etwas zu schaffen, sondern mir geht es um die Gewissensfreiheit.“ Dann setzt Pallares auseinander, dieses Gesetz gebe „unter dem Vorwande der Verstaatlichung kirchlichen Eigentums der Religion selber den Todesstoß“; denn es erkläre, daß der Staat jedes Gebäude mit Beschlagnahme belegen und dann enteignen könne, in dem eine religiös bezweckte Tätigkeit ausgeübt werde. Das gelte nicht bloß für kirchliche Schulen, sondern ebenso für jedes Privathaus, in dem etwa ein Priester Religionsunterricht erteile, eine fromme Bruderschaft ihr Vereinszimmer habe, ein Kaufmann Kreuze oder Bibeln feil halte.

Allerdings sind die Katholiken selber an dieser Lage der Dinge insofern nicht ganz unschuldig, als es in Mexiko und überhaupt in Lateinamerika namentlich die Männerwelt an wachsender und ausdauernder Arbeit für die Sache der Kirche seit langem fehlen ließ. In Brasilien hat der hervorragende Katholikenführer Tristão de Athayde oft darüber geklagt. So schrieb er z. B. im November 1935 in seiner Monatschrift „A Ordem“ (S. 384 f.), die Brasilianer seien nach einem bekannten Wort „ein Volk, das gern vieles anfängt. Wir haben hier schon an den pfiffigen Pfarrer des Binnenlandes erinnert, der jährlich den Namen seines Pfarrvereins änderte, damit die Pfarrkinder den Eindruck erhielten, es handle sich um einen neuen Verein; denn dadurch konnte er hoffen, neue Mitglieder zu gewinnen und die alten von neuem zu begeistern. Wenn der Reiz der Neuheit schwindet, werden wir bald mutlos, lassen das Begonnene im Stich, sind verärgert und müde. In der Fortsetzung muß sich mehr als in den Anfängen die wahrhaft übernatürliche Gesinnung bewähren, die allein die katholische Arbeit aufrechterhalten kann, nachdem die ursprüngliche Begeisterung verflogen ist. Wir müssen uns jetzt in unserem Brasilianischen Katholikenverband eifrig um die trockensten Kleinigkeiten der Verwaltung kümmern, damit er sich nicht zersplittert und auch nicht der andern Gefahr erliegt, die wir unter uns als Orangenschwärmerei bezeichnen, d. h. als uferlos romantischen, um die eintönigen Schwierigkeiten des Alltags unbesorgten Idealismus.“

Vielleicht nicht zufällig war es einem Engländer vorbehalten, den oft unterschätzten Männern und Frauen der nüchternen Pflichterfüllung ein großes Vorbild zu zeigen. J. Brodrick S. J. schildert in seinem sehr ausführlich die Quellen wiedergebenden Buche „Saint Peter Canisius S. J. 1521—1597“ (London 1935), Sheed and Ward) den niederdeutschen Kirchenlehrer geradezu als „bürgerlichen Heiligen“ (S. 819). Ohne geniale Anlage und trotz vieler Enttäuschungen habe er unverdrossen bis zum Ende weitergearbeitet. „Peter war auf vielen Gebieten sehr belesen. Es wird berichtet, daß er jedes Jahr die sämtlichen Werke Ciceros gelesen habe. Aber er wurde weder ein eigentlicher Schriftsteller noch ein anerkannter Gelehrter, weil ihm von Natur die für beides notwendige Schau und Empfindung fehlten. Gewiß sind seine praktischen Leistungen außergewöhnlich, aber auch da beruhten seine Erfolge weder auf einer fachmäßigen Ausbildung noch auf einer angeborenen Begabung für Verhandlungen. Und doch war er bei all dieser Begrenztheit und trotz der Tatsache, daß wir bei keinem Querschnitt durch sein Wesen auf etwas stoßen, was man nicht als erhabene Mittelmäßigkeit bezeichnen könnte, ohne Zweifel ein sehr großer Mann. Er wurde das durch die lautere Ungebrochenheit seines Charakters, die seine Durchschnittsfähigkeiten lenkte und ihnen weit über ihre eigene Bedeutung hinaus eine glühende Gewalt gab.“

Canisius hat über den Verkehr von Katholiken mit Andersgläubigen Gedanken geäußert, die bis in die Gegenwart fortwirken und auch in der Haltung Roms gegenüber dem umstrittenen Rotaryklub Ausdruck gefunden haben. Nach eingehender Untersuchung kirchlicher und außerkirchlicher Veröffentlichungen über die weltanschaulichen Grundlagen dieses

Klubs, der ohne Rücksicht auf Unterschiede der Religion, der Rasse oder des Staates den Geist edler Dienstwilligkeit pflegt, kam in der spanischen Zeitschrift „Contemporánea“ (Dezember 1935, S. 221 ff.) der Dominikaner Dr. Luis Urbano zu dem Ergebnis, daß der Klub als solcher „keine von der katholischen Kirche verworfene Lehre vertritt“, daß seine sittlichen Anschauungen auf dem „von Gott gegebenen Naturgesetze“ beruhen, und daß er mit der Freimaurerei nichts zu tun hat. Rom habe zwar für Priester den Beitritt als unpassend bezeichnet, aber katholischen Laien die Mitgliedschaft nicht untersagt, sondern den spanischen Bischöfen, die den Klub teils bekämpften, teils gewähren ließen oder irgendwie begünstigten, folgende Richtlinien gegeben, für deren amtlichen Charakter P. Luis Urbano einsteht: „Ohne die Katholiken verurteilen zu wollen, die in den Rotaryklub eintreten, um zu verhindern, daß sich dort ein religionsfeindlicher Geist verbreitet, müssen wir doch betonen, daß der Katholik sich im allgemeinen nicht mit der Verhinderung des Bösen begnügen, sondern nach Möglichkeit das fördern soll, was besser ist, indem er die ausgesprochen katholischen und der kirchlichen Gewalt unterstellten Organisationen und Gesellschaften unterstützt, wobei er immer noch mit andern Bestrebungen und Einrichtungen, z. B. mit dem Rotaryklub, in geeigneter Verbindung bleiben kann, um auch in ihnen apostolisch zu wirken.“

Sehr viel trägt zum Verständnis des heutigen Verhältnisses zwischen Kirche und Welt die „Papstgeschichte der neuesten Zeit“ von Josef Schmidlin bei, die mit dem dritten Bande (Pius X. und Benedikt XV., München 1936, Kösel) vorläufig abgeschlossen ist, weil der gegenwärtige Papst ausdrücklich gewünscht hat, seine Regierung erst nach seinem Tode dargestellt zu sehen. Wieder hat Schmidlin eine ungeheure Fülle von Einzelheiten knapp zusammengedrängt und hauptsächlich die für beide Päpste in verschiedener Art charakteristische Stellung zu weltlichen Strömungen herausgearbeitet. Dabei ist er seiner Gewohnheit, lieber auf äußerste Rücksicht als auf volle Ehrlichkeit zu verzichten, durchaus treu geblieben. Doch geben dem Leser, der ein Urteil nachprüfen möchte, die reichen Quellenangaben alle einstweilen mögliche Wegweisung. Die Archive sind ja, wie auch bei weltlichen Regierungen, für eine der Gegenwart so nahe Zeit nicht zugänglich. Obgleich der Verfasser diese Beschränkung hier wie teilweise schon früher angesichts der Fülle des bereits gedruckten Materials nicht als erheblich ansieht, wird er gewiß nicht leugnen, daß auch in der Geschichte dieser Päpste noch manches durch volle Ausnützung der Archive und durch gründliche Einzeluntersuchungen aufzuhellen bleibt.

Als Gesamtdarstellung katholischer Kirchenentwicklung in einem kleinen und zugleich von sehr wechselvollem Leben durchpulsten Lande ist die „Geschichte der katholischen Kirche der Schweiz von den Anfängen bis auf die Gegenwart“, die der Einsiedelner Benediktiner Dr. P. Theodor Schwegler geschickt und sorgfältig geschrieben hat, sehr willkommen (Schlieren-Zürich 1935, Verlag Neue Brücke). Nach dem frühen Eindringen des katholischen Christentums und seiner Vorherrschaft im Mittelalter stellt der Verfasser mit größerer Aus-

führlichkeit die religiöse Spaltung des Volkes durch den Protestantismus und den bis heute währenden Aufstieg der katholischen Gegenbewegung dar. Über den Ausgang des gerade im Berner Jura und in Genf anfangs von kühnen Hoffnungen getragenen Vorstoßes der sogenannten Altkatholiken schreibt er die lehrreichen Sätze (S. 232 f.): „Wohl bemächtigten sich die Altkatholiken, von der Regierung unterstützt, der katholischen Gotteshäuser; diese aber standen schon bald verödet da, während die Betsäle und Notkapellen, die die Katholiken beziehen mußten, bei jedem Gottesdienst gedrängt voll waren.“ Eduard Herzog, der von Rom exkommunizierte „christkatholische Bischof der Schweiz“, wurde „zum Professor an der vom Kanton Bern 1874 eröffneten altkatholischen theologischen Fakultät ernannt. Aber weder als Bischof noch als Professor erlebte er viele Freuden: trotz den verlockenden Vorteilen war an der theologischen Fakultät die Zahl der Studierenden meist kleiner als die der Professoren und waren die Berufe vielfach recht zweifelhaft. Seine Befugnisse als Bischof waren durch die Verfassung stark eingengt. Nachdem die erste antirömische Begeisterung vorüber war, legte die Großzahl der altkatholischen Laien wieder die alte religiöse Gleichgültigkeit an den Tag, und manche der eifrigsten Mitarbeiter des Bischofs fanden zuletzt wieder den Weg zur Mutterkirche zurück, er freilich nicht; 83 Jahre alt, starb er 1924.“

II

Die Aufgaben des katholischen Moralisten gegenüber der Wirtschaft suchte J. Edward Coffey S. J. in einer Würdigung des heiß umstrittenen amerikanischen „Radiopriesters“ Charles E. Coughlin zu umgrenzen („Dossiers de l'Action Populaire“, 25. Dezember 1935, S. 35 ff.). Nach dem päpstlichen Rundschreiben „Ubi arcano“ (23. Dezember 1922) habe die Kirche allerdings nicht das Recht, „sich ohne Grund in die Führung der weltlichen Angelegenheiten einzumischen“, aber dieser Grund sei, wie das Rundschreiben „Quadragesimo anno“ (15. Mai 1931) ausdrücklich betone, überall da gegeben, wo sich in der sozialen oder wirtschaftlichen Ordnung eine sittliche Frage erhebe. Die Kirche habe für den Katholiken die Entscheidung über die Sittlichkeit aller freien Handlungen im Leben des einzelnen wie der Gemeinschaft, und es gehe nicht an, ihr dabei nur die Aufstellung allgemeiner sittlicher Grundsätze gestatten zu wollen. In den Vereinigten Staaten habe mancher sich gewundert, daß Coughlin auf der Kanzel von Währungsfragen spreche. Offenbar hätten aber diese Fragen eine sittliche Seite, habe man doch in vielen Zeitungen die Behauptung lesen können, jede staatliche Geldentwertung sei Diebstahl. Allerdings brauche man nicht der Meinung zu sein, Coughlin habe die katholische Sittenlehre immer mit der nötigen Umsicht auf schwierige Fragen des Wirtschaftslebens angewandt, aber grundsätzlich habe er als Prediger ebenso gut ein Recht, über diese Dinge vom sittlichen Standpunkt aus zu urteilen, wie das amerikanische Parlament berufen sei, sie nach ihrer politischen Tragweite zu behandeln. Bedauern müsse man allerdings, daß es Coughlin bisher nicht gelungen sei, neben

der sozialen Gerechtigkeit nicht minder eindringlich die doch echt christliche Pflicht allumfassender Nächstenliebe den Millionen seiner Anhänger nahezubringen.

An ein dringendes Gebot solcher Nächstenliebe rührt die im Handelsteil der „Frankfurter Zeitung“ (20. Oktober 1935, Reichsausgabe) und auch sonst oft als „sozialethische Frage“ angeregte Überlegung, „daß steigende Großgehälter, daneben natürlich Mehrfachbezahlungen aus förmlichen Doppelstellungen in Konzernen, aufreizend wirken, solange sich nicht daneben größere Löhne entwickeln.“ Deshalb werde eine „neue Denkungsweise“ verlangt, die den Erwerbstrieb zügle und Selbstüberschätzung verhindere. „Warum man die Arbeiterlöhne jetzt nicht allgemein steigen lassen kann, das ist nüchtern und klar auf dem Bückeberg ausgesprochen worden: weil die höheren Löhne zu höheren Preisen führen und damit eine heute nicht erträgliche, zum Schaden der Währung auslaufende endlose Schraube entsteht. Adolf Hitler hat damit aber ganz gewiß nicht sagen wollen, daß der Unternehmerlohn, zu dem bei allen Wesensunterschieden doch auch die Vorstandsgehälter bis zu gewissem Grade gehören, unbeschränkt steigen dürfe. Im Gegenteil, es werden Opfer verlangt.“

Weil dieser Opfersinn von entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung einer lebendigen Volkseinheit ist, rief die Madrider katholische Zeitung „El Debate“ (Nr. 8112, 29. November 1935) mit Recht die nationale Gesinnung gegen die träge Selbstsucht auf, die einen großen Teil des Elends in Spanien verschuldet hat. „Spanien führt jährlich 100 Millionen Kilo Rohbaumwolle ein und bezahlt dafür 150 Millionen Goldpeseten ans Ausland, während nur schwächliche, schwankende und durch tausend Hindernisse des Eigennutzes erschwerte Versuche zu einheimischer Baumwollzucht gemacht werden. Im südlichen Spanien, wo von der Olive bis zur Ähre, wie man sich ausdrückt, der Hunger herrscht, warten seit hundert Jahren geeignete Felder vergebens auf nachhaltigen Anbau.“ Ebenso sei mit etwas mehr Entschlossenheit die Einfuhr von drei Millionen Zentner Mais durch einheimische Gewinnung zu ersetzen. In der Verwertung von Stickstoff und Erdöl sei Spanien ohne jeden vernünftigen Grund weit hinter dem übrigen Europa zurückgeblieben. Und während Italien vor wenigen Jahrzehnten seinen gesamten Tabak eingeführt habe, versorge es sich damit heute bis zu 85 Prozent selber und führe noch aus; Spanien dagegen bezahle fast ohne wirtschaftlichen Vorteil 30 Millionen für fremden Tabak, weil die Steigerung des inländischen Anbaus trotz günstiger Bodenbedingungen an selbstsüchtigen Widerständen scheitere.

Man hat ja nicht selten die wirtschaftliche Rückständigkeit Spaniens auf Rechnung seiner katholischen Religion setzen wollen. Wenn das die eigentliche Ursache wäre, ließe sich kaum erklären, warum in dem ebenfalls katholischen Polen der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung der Westgebiete eine solche Verarmung der Ostgebiete gegenübersteht, daß der Finanzminister Kwiatkowski deshalb geradezu von zwei durchaus verschiedenen Staaten sprechen konnte. Die Wirtschaftsnachrichten der Danziger „Ostlandberichte“ (1. Februar 1936) gaben aus dem

polnischen „Kurjer Poranny“ (4. Dezember 1935) folgende Angaben wörtlich wieder: „Im Vergleich mit Polnisch-Schlesien oder dem Posenschen machen Polesien oder Nowogródek den Eindruck eines sterbenden Landes. Das fast vollständige Fehlen gepflasterter Straßen, die weniger und vereinzelt laufenden Eisenbahnlinien, nichtregulierte Flüsse, riesige Sumpf- und Urlandgebiete, das Fehlen größerer Städte, das alles vermittelt den Eindruck eines vielleicht exotischen, in seinem Aussehen aber düsteren Bildes.... Die Städte der östlichen Wojewodschaften erinnern eher an Dörfer; es genügt der Hinweis, daß auf 100 städtische Wohnhäuser in den westlichen Wojewodschaften 91 Häuser gemauert sind, dagegen in den östlichen Wojewodschaften nur 15 Häuser.... Ein Bewohner Dänemarks verbraucht jährlich soviel Zucker wie vierzehn Bewohner der östlichen Gebiete in einem Jahre zusammen; der Verbrauch je Kopf der Bevölkerung solcher Erzeugnisse, wie Salz, Kohle, Petroleum, Eisen, drückt sich in Zahlen aus, die nur um wenig höher als Null sind.“

Obwohl diese Vergleichszahlen des Warenverbrauchs verschiedener Länder oder Landesteile keinen besondern Anlaß zum Mißtrauen bieten, würden sie sich wohl etwas ändern, wenn die polnische Wirtschaftspolitik sie zu einem andern Zwecke benötigte. Denn gerade in der wirtschaftlichen Statistik ist die Forderung der Wahrhaftigkeit durchweg schwieriger zu erfüllen, als der Laie denkt. Wenigstens erklärte aus dieser Schwierigkeit, wenn auch nicht aus ihr allein, Dr. W. Grävell vom deutschen Statistischen Reichsamt („Berliner Tageblatt“, Nr. 51, 30. Januar 1936) die oft sehr großen Unterschiede in den Angaben zweier Länder über die zwischen ihnen verhandelten Warenmengen. Bei Statistiken des Außenhandels kämen immer nationale und internationale Gesichtspunkte in Betracht, und die nationalen trügen den Sieg davon, „wenn sie für die eigene Wirtschaftspolitik lebenswichtig seien oder wenigstens dafür gehalten würden“. Die Statistik sei eben nicht einfach eine „rechnerische Angelegenheit“, sondern die Wirklichkeit kenne „nur eine auf jeweils gegebene Bedürfnisse abgestellte und damit zeitlich bedingte Außenhandelsstatistik“. Unwahr braucht eine so ausgerichtete Statistik nicht ohne weiteres zu sein, aber leicht kann sie in Irrtum führen.

Wie also der Zusammenhang zwischen statistischen Angaben und menschlichen Wünschen tiefer geht, als das volkstümliche Wort, mit der Statistik lasse sich alles beweisen, zunächst vermuten läßt, so wird nach anderer Seite der sittliche Wert des Vergnügens für unser Wirtschaftsleben oft nicht tief genug erfaßt, nicht im Sinne der Inschrift, die schon vor vielen Jahren im Mannheimer Rosengarten mahnte: „Achte der Freuden nicht geringe: reine Freuden sind ernste Dinge.“ Der Münchener Professor Adolf Weber schreibt in seinem durch Klarheit und edle Sachlichkeit ausgezeichneten Buche „Kurzgefaßte Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik in einem Bande“ (München 1935, Duncker & Humblot), daß die eintönige Maschinenarbeit bald seelische Verödung und Lähmung des wirtschaftlichen Führerwillens zur Folge haben würde, wenn sie nicht durch Verkürzung der Arbeitszeit und durch Bereitstellung einer größeren Mannigfaltigkeit

von Gebrauchsgütern mehr Raum für Freude ließe (S. 36 f.). „Die reichlichere Freizeit muß so ausgefüllt werden, daß dadurch die Schäden der mechanisierten Arbeit ausgeglichen werden. Die starke Bedeutung, die der Sport erlangt hat, das Hinausdrängen der Städter zur Natur, das größere Interesse breiter Arbeiterschichten für Kunst und Literatur zeugen dafür, daß wir schon inmitten des unbedingt notwendigen Ausgleichsprozesses sind. Nicht wenig trägt auch die Technik selbst durch von ihr bereitgestellte Mittel (Verkehrstechnik, Radio, Kino) dazu bei. Die neuzeitliche Losung ‚Kraft durch Freude‘ hat jedenfalls ihre sehr ernste soziale und ökonomische Bedeutung.“

Überträgt man den solchen Erwägungen zu Grunde liegenden Gedanken sinngemäß auf alle Gebiete der Wirtschaft, so gelangt man zu der echt christlichen Forderung, daß nicht der Mensch auf die Volkswirtschaft, sondern die Volkswirtschaft auf den Menschen zu beziehen und dabei der Mensch in seiner wesentlichen Gemeinschaftsverbundenheit zu betrachten ist. In unserer Zeitschrift ist diese Lehre sehr oft ausgesprochen worden (z. B. schon in den Aufsätzen von Heinrich Pesch S. J. über „Solidarismus“ im 63. Bande [1902] und über den „neuen Geist im Wirtschaftsleben“ im 92. Bande [1917]), aber sie findet sich auch klar in der großen Rede über „das neue Wirtschaftsdenken“, die der Reichspressechef Dr. Dietrich bei einer Kundgebung der Arbeitsfront in Essen gehalten hat, wo er nach dem „Völkischen Beobachter“ (Münchener Ausgabe, Nr. 29, 29. Januar 1936) unter anderem sagte: „Wir setzen dem persönlichen Erfolgstreben im Wirtschaftsleben nur diejenigen gemeinnützigen Grenzen, die für das Ganze unerläßlich sind und die letzten Endes auf dem Wege über die Gemeinschaft den Interessen jedes einzelnen selbst wieder dienen. Indem wir die volkswirtschaftliche Solidarität als die Grundlage unseres Wirtschaftslebens schützen, schützen wir jeden einzelnen selbst und fördern seine eigenen wohlverstandenen Interessen, auch wenn er es oft in seiner wirtschaftlichen Kurzsichtigkeit nicht erkennt... Das Reich der Wirtschaft ist keine Welt für sich, die — einmal geschaffen — ihr Leben lebt, eigengesetzlich und unabhängig von der Seele und dem Willen des Menschen, denen zu dienen sie bestimmt ist. Wirtschaft, ich sagte es schon, ist immer Volkswirtschaft. Das Volk aber ist nicht der Knecht seiner Wirtschaft, sondern ihr Herr.“

Wie diese Darlegungen grundsätzlich der persönlichen Wirtschaftsführung im Einklang mit dem Naturrechte ihren Platz lassen, so hatte kurz vorher Staatssekretär i. R. Dr. Bang in Chemnitz („Wirtschaftsteil der Berliner Börsenzeitung“, Nr. 568, 4. Dezember 1935) daran erinnert, daß auch die in der heutigen Notzeit vorgenommene Erweiterung des staatlichen Sektors der Wirtschaft nur den Zweck haben könne, den privaten Sektor wieder in Gang zu bringen. „Man darf also nicht vergessen, daß echte Wirtschaftsgesundung erst dann erreicht ist, wenn der private Sektor wieder in selbständigen Lauf kommt und wenn er wächst. Ein wirtschaftliches Perpetuum mobile öffentlicher Aufträge, von denen manche träumen, gibt es nicht.“ Die deutsche Wirtschaft lebe jetzt „im wesentlichen von einer Binnenkonjunktur“, aber selbst die lasse sich nur

durchhalten, wenn daneben „die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten des Wiederaufbaues des deutschen Exports“ überwunden werden. — Schließlich darf also auch den Männern und Frauen der Industrie jene Charakterstärke nicht fehlen, die Adolf Hitler von den Landwirten erwartete, als er auf dem Bückeberg sagte („Völkischer Beobachter“, Münchener Ausgabe, Nr. 280, 7. Oktober 1935): „Wir wollen durchschreiten durch die Nöte dieser Zeit, stark und gewappnet und nie schwach werden. Wir wollen das Rechte tun und niemand scheuen und wollen dann zum Allmächtigen die Bitte erheben, er möge uns auch im kommenden Jahre die Arbeit segnen.“

Daß die Religion in der Tat die Kraft zu allem Schweren wunderbar steigern kann, hat Jeanne Ancelet-Hustache in ihrem Buche „Les Dames du Calvaire“ (Paris 1935, Bloud & Gay) ergreifend gezeigt. Jeanne Garnier, die Gründerin dieser Dames du Calvaire, eine fröhliche, ja mutwillige Lyonerin, Gattin eines kleinen Eisenhändlers, hatte schon mit 24 Jahren ihren Mann und ihre beiden Kinder verloren und war davon innerlich so zermalmt, daß sie die Brücke des Flusses, der sie vom Friedhof trennte, immer im Lauf überschritt, um der dunklen Gewalt zu entkommen, die sie ins Wasser zog. Da kam ihr nach vielem Beten die Erleuchtung, sie müsse sich der Linderung fremden Leides weihen, um von eigenem Leid zu genesen. Nach unsäglichen Mühen gelang es ihr, einen Kreis von Witwen um sich zu scharen, die sich mit ihr der Pflege ganz verlassener und von den widerlichsten Krankheiten heimgesuchter Frauen widmen wollten. Als Jeanne Garnier 1853 im Alter von 42 Jahren starb, war das Werk fest begründet, und heute ist es über Frankreich und Belgien ausgebreitet. Ohne Klostergelübde leben die ihm angeschlossenen Witwen teils in den Krankenhäusern der Genossenschaft, teils in der Welt. Alle, ob vom höchsten Adel oder aus bescheidenen Bürgerfamilien, müssen sich zu einer frommen Lebensführung und zu ausschließlicher Betreuung unheilbarer, an offenen Wunden leidender Frauen ohne Unterschied der Religion oder der Volksangehörigkeit verpflichten. Und doch kommt aus diesem Dienst am grauenhaftesten Elend oft und oft das Zeugnis, daß die Pflegerinnen innerlich mehr empfangen, als sie äußerlich geben können. „Wir hören“, schreibt eine (S. 206), „daß die Welt für die Aufopferung der Dames du Calvaire nicht Lob genug findet, aber wir möchten darauf antworten, was Jesus der Samariterin gesagt hat: O wenn du die Gabe Gottes verständest!“

III

Der Vorrang des Geistigen im Menschen ist von der christlichen Religion immer bedingungslos festgehalten worden, und auch in der rein natürlichen Ordnung, in Wissenschaft und Kunst, die Feldherrnkunst nicht ausgenommen, gibt es zahlreiche Beispiele, daß körperlich schwer leidende Menschen erstaunliche Leistungen vollbracht haben. Dieser Tatsache wird in sehr erfreulicher Weise durch einen Ministerialerlaß Rechnung getragen, von dem das „Berliner Tageblatt“ (Nr. 60, 5. Februar 1936) berichtete. Danach ist die zu Beginn des Jahres 1934 angeordnete Ver-

weisung körperlich behinderter Jugendlicher von höheren Schulen so durchzuführen, daß durch amtsärztliche Untersuchung auch der Einfluß des vorliegenden körperlichen Mangels auf die geistige Leistungsfähigkeit und auf dauernde Charakterschäden festgestellt werden muß. „Nicht untauglich machen Krankheiten und Mängel, die eine bestimmte Berufsausbildung nicht wesentlich beeinträchtigen und voraussichtlich eine Eingliederung in die Volksgemeinschaft erwarten lassen.“ Das sei z. B. der Fall bei manchen angeborenen Verrenkungen oder Versteifungen der Gelenke, bei Wirbelsäulenverkrümmungen, bei kleineren Herzfehlern, bei Bruchschäden und Blutkrankheit, bei Hasenscharten und Schielen.

Daneben darf nicht vergessen werden, daß der eigentliche Wert des Menschen, auch sein Wert für die Gemeinschaft, keineswegs ausschließlich von seiner Arbeitsfähigkeit abhängt, wenn man das Wort im gewöhnlichen Sinne nimmt. Die gar nicht kirchlich gerichtete nordamerikanische Zeitschrift „The Atlantic Monthly“ veröffentlichte (März und April 1936) große Abschnitte aus dem bald nachher auch englisch erschienenen Buche, dem die Verfasserin, die noch nicht alte, seit fünfzehn Jahren schwer herzleidende und seit vier Jahren ans Bett gefesselte Klavierkünstlerin France Pastorelli, den bezeichnenden Titel „Die glorreiche Knechtschaft der Krankheit“ gegeben hat. „Ich wehrte mich wie ein Wahnsinniger“, schreibt sie, „denn ich verlangte vor allen Dingen nach vollem, ertragreichem Leben. Und wie sollte das möglich sein, sagte ich mir, wenn ich nicht wieder gesund würde!“ Aber die Herzanfälle, die sie niederwarfen, kehrten nach kurzen Pausen immer wieder, und jede Pause war eine einzige qualvolle Angst vor dem nächsten Anfall. Dennoch machte ihre Seele sich in dem jahrelangen Ringen, das ihr Buch schildert, allmählich so frei, daß sie sich mit Lesen, Schreiben, Häkeln und sogar mit dem neben ihrem Bett stehenden Klavier auch in Stunden beschäftigen konnte, wo sie es früher für ganz unmöglich gehalten hätte. Was sie zu alledem antrieb, war aber hauptsächlich der Wunsch, innerlich reicher, reiner und gotteswürdiger zu werden. Als Ergebnis kann sie bekennen: „Habe ich im Leiden die Freude gefunden, von der manche sprechen? Nein. Vielleicht geht das über meine Kraft. Ich bin nur so weit gekommen, daß ich demütig und stark die Sehnsucht fühle, nichts von dem unerfüllt zu lassen, was mir bestimmt ist, und nicht zu verlieren, was Gott mich von dem Segen des Leidens hat verstehen lassen.“

In den durch die Jahrtausende gehenden Auseinandersetzungen der Menschheit mit der Frage des Leidens ist die nicht bloß vom Christentum vertretene Lehre von den ewigen Strafen der Hölle immer wieder auf Einwände gestoßen. Im 17. Bande des von Professor Friedrich Schneider herausgegebenen „Deutschen Dantejahrbuches“ (Weimar 1935, Böhlau), das diesmal durch die zwei Fünftel des Bandes füllenden Nachträge Ostermanns zu seiner Bibliographie der deutschen Danteliteratur (S. 102—186) besonders nützlich ist, betrachtet Dr. Gerhard Ledig die Göttliche Komödie „unter strafphilosophischem Gesichtspunkt“. Leider hat er sich dabei nicht genügend mit den theologischen Voraussetzungen Dantes vertraut gemacht. Auf die Bedenken

gegen die Herleitung der Hölle aus Gottes Liebe und gegen den Abschreckungszweck der Hölle, auf die Frage nach dem Verhältnis der kurzen Sünde zur ewigen Strafe und nach der unbeschadet der Ewigkeit nicht für alle gleichen Schwere der Höllenqualen wären in den Dantebüchern katholischer Theologen bessere Antworten zu finden gewesen, als es die von Ledig angestellten Erwägungen sind. Übrigens hat er seine Abhandlung im ersten Teile seiner Schrift „Philosophie der Strafe bei Dante und Dostojewski“ (Weimar 1935, Böhlau) wörtlich wieder abgedruckt. Auf die jedem der beiden Dichter eigentümliche und von ihnen religiös gewendete Straftheorie fallen bemerkenswerte Lichter, aber der Gewinn wäre wohl größer, wenn Ledig die Unterschiede und die Berührungspunkte unmittelbar nebeneinander herausgearbeitet hätte.

Die Wertordnung, aus der die Straftheorie Dantes hervorgeht, beherrschte schon vor ihm nicht mehr so gleichförmig, wie man oft meint, das Denken der europäischen Gelehrten. Für die Geschichtsschreiber des 12. Jahrhunderts erweist das mit Umsicht und Scharfsinn Johannes Spörl in seinen „Grundformen hochmittelalterlicher Geschichtsanschauung“ (München 1935, Max Hueber) an vier besonders einflußreichen Vertretern, nämlich an Anselm von Havelberg, Ordericus Vitalis, Otto von Freising und Johannes von Salisbury. Bei ihnen sieht man, wie das Geschichtsbild sich infolge des Investiturstreites, der Kreuzzüge, der klösterlichen Reformbewegung von Cluny nicht minder nachhaltig verändert hat als etwa durch die Entstehung des französischen Nationalgefühls oder durch die normannischen Staatengründungen. Schon damals hat eine mehr weltlich gerichtete Auffassung mit einer mystisch betonten Frömmigkeit um die tiefere Erkenntnis des geschichtlichen Lebens zu ringen begonnen.

Beide Gesichtspunkte sind heute in der Judenfrage von großer Bedeutung, da sowohl in der weltlichen wie in der religiösen Entwicklung der Geschichte das Judentum einen besondern Platz hat. Wilhelm Grau wendet sich in zwei von frischer Jugendkraft und ernstem Forschersinn beseelten Schriften („Die Judenfrage als Aufgabe der neuen Geschichtsforschung“ und „Wilhelm v. Humboldt und das Problem des Juden“, beide Hamburg 1935, Hanseatische Verlagsanstalt) hauptsächlich der völkischen Seite zu, streift aber auch das Religiöse, wenn er z. B. die rationalistische Haltung Humboldts gegenüber dem Gottesglauben und dem Christentum als ausgesprochen jüdisch darstellt. Er macht sich freilich am Schlusse (S. 95) selber den Einwand, es handle sich vielleicht bei Humboldt nur um „den allgemeinen Einfluß der Aufklärung“. Die Widerlegung, die Grau dann versucht, überzeugt wohl nicht ganz. Denn obwohl er viele Belege der jüdischen Vermittlung des Aufklärungsgutes an Humboldt beibringt, fehlt der Nachweis jüdischer Färbung dieser Aufklärungsgedanken. Die Aufklärung ist ja weder in Deutschland noch anderswo von Juden ausgegangen, und daß sie dem liberal-jüdischen Rationalismus zusagte, macht sie nicht selber jüdisch. Humboldts religiöses Aufklärertum läßt sich mit Spranger und Kähler auch ohne seine jüdischen Beziehungen aus seiner sonstigen Umwelt be-

greifen. Übrigens weckt gerade Grau durch seine methodischen Betrachtungen zur geschichtlichen Klärung der Judenfrage die Hoffnung, daß er bei dieser für Staat und Kirche gleich wichtigen Forschungsarbeit, mit der ihn das „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands“ beauftragt hat, die deutsche Fragestellung nicht minder im Auge behalten wird als die Verwertung zuverlässiger Ergebnisse der liberalen oder jüdischen Wissenschaft (S. 19).

Die in solchen Dingen wünschenswerte Weite des Blickes für alle Seiten des deutschen Lebens und für alles Fördernde oder Hemmende, das heimische oder fremdstämmige Kräfte zu seiner Entwicklung beigetragen haben, ist gar nicht leicht zu erringen, nicht einmal wo es sich nur um den Bestand der heutigen deutschen Sprache handelt. So ist das billige „Neue deutsche Wörterbuch“ von Theodor Matthias, das Quenzel und Volz in der 7. Auflage (Leipzig 1935, Hesse & Becker) weiter vervollkommen haben, zwar sehr brauchbar, besonders weil es sich um die Ableitung von weniger bekannten Wörtern und um die Verdeutschung von Fremdwörtern bemüht; aber der Sprachgebrauch der Katholiken, also der Hälfte der deutschsprechenden Menschen, ist zu wenig berücksichtigt oder mangelhaft, teilweise sogar falsch gedeutet (vgl. beispielsweise Eucharistie, Firmen, Interdikt, Monstranz, Mystik, Profest, Ziborium).

Eine Fülle katholischen Kulturgutes erschließt „Volk und Volkstum, Jahrbuch für Volkskunde“, das in Verbindung mit der Görres-Gesellschaft Professor Dr. Georg Schreiber ins Leben gerufen hat (München 1936, Kösel). Es enthält viele große und kleine Aufsätze und einige Buchbesprechungen. Obwohl fremde Völker nicht ausgeschlossen sind, beschäftigt es sich weitaus am meisten mit deutschem und näherhin mit irgendwie religiös betontem Volkstum aus Vergangenheit und Gegenwart. Auf allgemeine Untersuchungen (Begriff des Volkstums, Zusammenhang von Volkstum und Religion) folgen Darstellungen des Brauchtums im Leben einzelner Gegenden oder im Spiegel volkstümlicher Kunstwerke. So bahnt dieser Band, dem hoffentlich weitere folgen, eine wissenschaftlich belegte Sammlung von Tatsachen zur Volkskunde und eine zuverlässige Deutung dieser Tatsachen an — beides wichtig zur Bewahrung des höheren Geisteslebens vor Lösung aus dem befruchtenden Zusammenhang mit der Volksgemeinschaft und zur Vertiefung der Erkenntnis, wie innig die alte Kirche auf deutschem Boden mit dem deutschen Volke verwachsen ist.

IV

Die Wandlungen des Verhältnisses von Staat und Kirche im Mittelalter wenigstens in den Hauptlinien gegenwärtig zu haben, ist heute von allgemeiner Bedeutung. Durch die fachmäßige Untersuchung des Wiener Kanonisten Franz Arnold über „Das Diözesanrecht nach den Schriften Hinkmars von Rheims“ (Wien 1935, Mayer & Co.) wird der Anteil des mächtigen Prälaten und Staatsmannes auch an dieser Entwicklung in klares Licht gestellt (S. 151 ff.). Da im altheidnischen Rom das Religionsrecht ein Teil des öffentlichen Rechtes und

der Kaiser als höchster Priester der oberste religiöse Gesetzgeber gewesen war, blieb nach der Erhebung des Christentums zur Staatsreligion die Kirche anfangs rechtlich eine staatliche Einrichtung. Noch Karl der Große wurde als „Lenker der Kirche“, als „König und Priester“, als „Inhaber der zwei Schwerter“ angesehen. Aber schon vor der Mitte des 9. Jahrhunderts wurde festgestellt, daß nur Christus König und Priester zugleich sei; alle andern Könige, so fügte man bald hinzu, hätten keine bischöfliche Gewalt, wie die Bischöfe keine königliche. Das Priestertum stehe insofern höher, als der Priester für die Seele des Königs verantwortlich sei, und als wohl der Bischof den König, aber nicht der König den Bischof weihe. Im weltlichen Bereich verpflichtete Christus die Könige, „für Ehre, Schutz und Ruhe der Kirche, ihrer Lenker und Diener“ zu sorgen. Hinkmar steht mitten in der Zeit „des Überganges zum hierokratischen System“. Lange vor dem Ende des 9. Jahrhunderts findet sich bei Hinkmar ausgesprochen, daß der Priester in staatlichen Dingen dem König, der König in kirchlichen Dingen dem Priester zu gehorchen habe. Nach Christi Willen, so lehrt Hinkmar, „müssen in einem christlichen Königreich auch die staatlichen Gesetze christlich sein“, und christliche Könige „sollen wissen, daß sie am Tage des Gerichtes nicht nach römischen, salischen oder burgundischen, sondern nach göttlichen und apostolischen Gesetzen gerichtet werden“. Damit war wenigstens theoretisch die Stellung gewonnen, die seitdem immer klarer als unumgängliche Forderung des katholischen Glaubens erkannt worden ist.

Daß auch in der Außenpolitik die Macht dem sittlichen Gebote des Rechtes gehorchen muß, würde ernster beachtet, wenn man weniger leicht über unchristliche und unmenschliche Roheiten der Innenpolitik hinwegginge. Gewaltanwendung ist doch nirgendwo so fehl am Orte wie bei einer Wahl, denn die Wahl ist ja wesentlich ein Ausdruck der Freiheit. Dennoch wurde von zwei rumänischen Ersatzwahlen, auf deren Ausfall besonders Linksradikale und Rechtsradikale großes Gewicht legten, dem „Berliner Tageblatt“ (Nr. 85, 19. Februar 1936) gemeldet: „Beide Gruppen waren mit zum Teil uniformierten Sturmtruppen aufgezogen und terrorisierten sich gegenseitig in der leidenschaftlichsten Form.... Die gegenseitige Zerstörung von Wahlautomobilen stand auf der Tagesordnung, und sogenannte Streitkolben zum Dreinschlagen fanden beiderseitige Verwendung.... Auch der Revolver spielte eine Rolle.... In Hunyad hat sich der Regierungsliberalen über ihre Niederlage eine derartige Erregung bemächtigt, daß sie die Wahlurne stürmten, um diese zu vernichten.“ — Einige Wochen nach den spanischen Wahlen, die eine Linksmehrheit gebracht hatten, kam es zu blutigen Straßenkämpfen zwischen den Parteien, und in der ersten Hälfte des März wurden in den südlichen Städten Cadix, Granada und Badajoz mindestens zwölf Kirchen, Klöster und katholische Schulen zerstört oder ausgeraubt. Daß es in einem katholischen Lande so weit kommen konnte, erklärte der gerade in jenen wilden Tagen erschienene Hirtenbrief des Primas von Spanien, des Kardinals Gomá, aus vielerlei Ursachen, nicht zuletzt aber aus einem Zurückbleiben der priesterlichen Predigt hinter den Anforderungen der Gegen-

wart. „Wir sind“, sagte der Kardinal, „nicht mehr die geistigen Leiter unseres Volkes, es betrachtet uns nicht nur mit Argwohn, sondern geradezu als Feinde seiner Wohlfahrt.“ Es drohe wirklich Gefahr, daß „in der nächsten Generation die jetzige religiöse Gleichgültigkeit des spanischen Volkes sich in Religionslosigkeit verwandelt“. — Um dieselbe Zeit erfuhr man so empörende politische Untaten wie die Erschießung des nationalsozialistischen Landesleiters der Schweiz in Davos, den Revolveranschlag im Belgrader Parlament, die Ermordung japanischer Minister durch aufrührerische Banden von Offizieren und Soldaten. „Die Achtung vor den Überlieferungen aller Völker und vor ihren Leistungen für die Weltkultur“, schrieb der „Osservatore Romano“ (Nr. 49, 28. Februar 1936), „kann den Abscheu gegenüber einer politischen Kampfweise nicht schwächen, die nicht nur dem europäischen, sondern jedem menschlichen Gewissen unerträglich ist. Würde das politische Verbrechen unter die Bräuche eines Volkes aufgenommen, so würde es nicht zum Aufstieg, sondern zum Verfall führen.“

Viel kann zur Verhütung solcher Greuel die Staatsführung dadurch beitragen, daß sie in der Verwaltung wie im Gerichtswesen jene Gerechtigkeit hochhält, die nach der Heiligen Schrift (Spr. 16, 12) die Sicherung der Herrschaft ist. In diesem Sinne sagte in einer Rede an die juristische Fachschaft der Universität Rostock Dr. Schlegelberger, Staatssekretär im Reichsjustizministerium, über die Unabhängigkeit des Richters („Berliner Tageblatt“, Nr. 76, 14. Februar 1936): „Eingriffe in die Rechtspflege, wie sie als Nachwirkungen revolutionärer Zeiten immer vorkommen, werden von allen führenden Stellen in Partei und Staat abgelehnt.... Daß das Recht nur von unabhängigen Richtern gesprochen werden dürfe, hat der Führer schon in seiner allerersten Kanzlerrede mit Nachdruck hervorgehoben. Unabhängig von irgend welchen Weisungen, muß der Richter sich frei wissen von der Gefahr irgend welcher Nachteile, die ihn innerhalb oder außerhalb seines Richteramtes wegen seiner Urteilsfindung treffen könnten.“ Und als „Höhepunkt exakter und zutreffender Formulierung“ bezeichnete die „Frankfurter Zeitung“ (26. Januar 1936, Reichsausgabe) folgende Erklärung des Reichsehrengerichtshofes gegen unsachliche Einflüsse bei der Gesetzesauslegung: „Der Richter hat das Gesetz zwar im Geiste der jeweils zur Zeit seiner Anwendung herrschenden Anschauung auszulegen, doch darf er sich niemals in seiner Rechtsprechung über die klare und eindeutige Absicht des Gesetzes, wenn dieses nicht etwa schon durch die gesamte Rechtsentwicklung als beseitigt gelten muß, hinwegsetzen und sich mit seiner eigenen Anschauung vom gesunden Volksempfinden selbst zum Gesetzgeber machen.“ Wie aus den weiteren Bemerkungen der Zeitung hervorgeht, will sie durch die Hervorhebung dieses Satzes das „objektive“ Gesetz vor „der Ausdeutung und dem Temperament des einzelnen“ schützen, nicht aber auf die Möglichkeit eines Zwiespaltes zwischen dem Gesetz und dem Gewissen des Richters eingehen.

Die Treue zum Gedanken wahrer Gerechtigkeit wird zum fruchtbaren Boden für eine echte, die gesamte Volksgemeinschaft und die Gesamtheit

aller Völker umschließende Menschenliebe, also für einen Völkerfrieden im Geiste christlicher Nächstenliebe. Als in der abendlich dämmern- den Alpenlandschaft von Garmisch-Partenkirchen am 16. Februar 1936 unter leuchtenden Feuern und wehenden Fahnen, bei Kanonendonner und Hörnerklang die Olympischen Winterspiele geschlossen wurden und der Jubel von Zehntausenden aus 28 Ländern mit gleicher Herzlichkeit alle Sieger umbrauste, war das mehr als ein großartiges Schauspiel. Es war eine ruhmvolle Krönung edlen Ringens um jene höchste Ausgeglichenheit von Körper und Geist, die das wahrhaft menschenbeglückende Ziel des Sportes ist, ein Ziel, das nach dem bewährten Grundsatz des Barons Pierre de Coubertin, des Gründers der internationalen Olympiaden, nur dann ganze Völker nach und nach begeistern kann, wenn die in großen Wettbewerben errungenen Meisterschaften immer wieder auch den mittleren und schwächeren Kräften Schwung verleihen. Wenn sich aber unter der olympischen Fahne mit den ineinandergeschlungenen Ringen der fünf Erdteile die Völker zu friedlichem Spiel zusammenfinden und damit bekennen, daß sie alle zueinander gehören, dann sollte ihnen doch der Gedanke unerträglich werden, daß sie sich in Wirtschaft und Staatsführung noch immer nicht friedlich zu einigen vermögen. Daher fragte auch Adolf Hitler in seiner großen Reichstagsrede am 7. März 1936 („Frankfurter Zeitung“, 8. März 1936, Reichsausgabe): „Warum soll es nicht möglich sein, das Problem der allgemeinen europäischen Volks- und Staatsgegensätze aus der Sphäre des Unvernünftigen, Leidenschaftlichen herauszuheben und unter das ruhige Licht einer höheren Einsicht zu stellen?“ Und auf eine der wichtigsten und sehr oft vergessenen Voraussetzungen dazu wies Hitler in derselben Rede hin, als er die schwierige Linie zwischen nationalem Selbstvertrauen und nationaler Selbstbescheidung mit den Worten zog: „Das deutsche Volk hat genau so viele Vorzüge als andere Völker und natürlich auch genau so viele Nachteile und Gebrechen.... Es mag jedes europäische Volk überzeugt sein, daß es den größten Beitrag zu unserer abendländischen Kultur gestiftet hat, im ganzen aber wollen wir uns nichts weg wünschen von dem, was die einzelnen Völker gegeben haben, und wollen daher auch nicht streiten über das Gewicht dieser ihrer einzelnen Beiträge, sondern müssen nur erkennen, daß aus der Rivalität der europäischen Einzelleistungen ohne Zweifel die Spitzenleistungen stammen auf den verschiedensten Gebieten der menschlichen Kultur.“ — Mit demselben Streben nach versöhnender Verteilung von Licht und Schatten sagte Reichskriegsminister Blomberg bei der Feier des Heldengedenktages in Berlin über die Soldaten des Weltkrieges („Berliner Tageblatt“, Nr. 111, 9. März 1936): „Es waren überall im großen Durchschnitt nur Menschen mit allen ihren Schwächen und Gebrechen, die die Schlachten schlugen. Sie konnten nicht alle Helden sein, wohl aber ist es wahr, daß sie in der großen Überzahl treu ihre Pflicht taten.“ Überspannte Verherrlichung des Krieges liegt solcher Gesinnung so fern, daß Blomberg geradezu erklärte: „Wir wollen den neuzeitlichen Krieg sehen als den Erwecker aller menschlichen Leidenschaften, der höchsten und der niedrigsten, den Krieg als den großen Beweger und Gestalter von

sechstausend Jahren der Geschichte, den heutigen Krieg aber auch als den Zerstörer der Blüte der Völker und ihrer Lebenskraft, der für Sieger und Besiegte kaum einen Gewinn übrig läßt.“

Umschau

Zwischen den Völkern

Kette und Einschlag gehören zusammen, um ein Gewebe hervorzubringen. Die Kette liefert das Muster, der durch das rastlos hin- und herschießende Weber-schiffchen geschichtete Einschlag bindet das Gewebe. Im Leben des Menschen entspricht die Kette der Persönlichkeit, der Einschlag dem Verlauf. In jedem Menschen läßt sich ein Muster, ein individueller Zug feststellen, vom einfachsten bis zum mannigfachsten und verwickeltesten. Bei Persönlichkeiten, die ein reiches Muster aufweisen, ist es notwendig, die Grundzüge und wenn möglich den einheitlichen Stil zu ermitteln.

Bogdan Graf von Hutten-Czapski, der uns das Ergebnis eines langen und reichen Lebens bietet¹, ist ein Mann stark ausgeprägter Eigenart. Nicht nur der Einschlag dieses Lebens verläuft in einer außerordentlichen Vielheit und Buntheit der Erlebnisse, sondern auch die Kette des Gewebes ist in seltenem Maße verschlungen und reichhaltig. Dennoch läßt sich in diesem Lebensgang ein immer wiederkehrender, das Ganze bestimmender Inhalt erkennen, der mit dem Ausdruck „zwischen den Völkern“ bezeichnet werden kann, und zwar gilt diese Bezeichnung nicht nur nach der Abstammung aus polnischer Familie mit deutscher Verbindung, sondern auch nach der Geistesrichtung und dem äußern Lebenslauf. Die Bedeutung solcher Persönlichkeiten liegt gerade in unserer Zeit ausgeprägten und vielfach kämpferischen Nationalbewußtseins klar zu Tage; sie erfüllen eine notwendige Funktion.

Graf Hutten-Czapski ist in den deutsch-polnischen Gegensatz hineingeboren; allein bei ihm tritt ein weiteres Element in die Erscheinung, nämlich das west-europäisch-abendländische, das mit der

christlichen und europäischen Kultur untrennbar verbunden ist und in der Überlieferung der höheren Gesellschaftsschichten auch die Lebensform beherrscht. Die „große Welt“ war dem Grafen wesensgemäß; seine ganze Erziehung war darauf gerichtet. Polen ist, obwohl slawisches Gebiet, vom russischen Osten scharf getrennt; gleichzeitig sind die beiden nachbarlichen und untermischten Völker, Deutsche und Polen, nach Wesen und Gemütsart zu stark verschieden, als daß eine innere Verbindung hätte entstehen können. Indem der Pole sich nach seinem Temperament den lateinischen Völkern nähert, überspringt er gleichsam den deutschen, vor allem den norddeutschen Nachbar. Dazu kommt die Glaubensspaltung, die im allgemeinen deutsch gleich evangelisch, polnisch gleich katholisch setzt. Abgesehen von dem jahrhundertelangen Kampf um die Vorherrschaft an der baltischen Küste hat die Eingliederung eines Teiles des polnischen Volkes in den preußischen Staat auf nahezu vier Generationen den Grund zum nationalen Zwist gelegt. Der Pole fühlte sich in eine Verteidigungsstellung gegen das in vielen, hauptsächlich zivilisatorischen Beziehungen überlegene Germanentum gedrängt. Im österreichischen Teilungsgebiet war er national autonom geblieben und übte sogar im Rahmen des Wiener Parlaments einen ständig wachsenden Einfluß. In Kongreßpolen war er bedrückt und demoralisiert, gleichzeitig aber von der eigenen kulturellen Überlegenheit gegenüber dem Russentum erfüllt.

Dennoch hat die preußische Hoheits-epoche für das Polentum eine entscheidende Bedeutung insofern erlangt, als ihm wirtschaftliche Hebung und straffe Verwaltungsorganisation zuteil wurde und als sich in diesem Teilungsgebiet ein geschlossenes Bürgertum bildete. Daß der preußische Staat in seinem Bestreben, das Polentum sich fest einzugliedern, ja zu assimilieren, scheiterte, ist eine Tatsache, die auf mannigfache Ur-

¹ Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft. Von Bogdan Graf von Hutten-Czapski. 2 Bde. 80 (1280 S. mit 24 Bildtafeln.) Berlin 1935, E. S. Mittler & Sohn. Kart. M 20.—, geb. M 25.—